



Conga no va - der Wassermarsch in Peru

Peru, 9. Februar 2012: etwa 1500 Menschen protestieren auf dem Plaza San Martín in Lima gegen eine geplante Gold- und Kupfermine. „Agua sí, oro no“ rufen sie, und „¡Conga no va!“ – aus der Goldmine Conga wird nichts. Nach 800 Kilometern erreicht ein Protestmarsch hier seinen Höhepunkt.

Hunderte Demonstranten sind schon seit gut einer Woche unterwegs auf dem Marsch, der am 1. Februar seinen Anfang in Cajamarca im Nordosten Perus fand. Etwa 800 Kilometer haben sie zurückgelegt, zu Fuß, in Bussen und in LKWs. Andere sind unterwegs dazugestoßen und viele haben sich extra heute hier auf dem Platz versammelt.

Conga ist der Name einer geplanten Gold- und Kupfermine in der Region Cajamarca, die ab 2015 den Betrieb aufnehmen und bis dahin 4,8 Milliarden US-Dollar verschlingen soll. Hauptinhaber der Mine wäre die US-amerikanische Firma Newmont Mining, die auf fünf Kontinenten Bergbau betreibt und zu den weltweit größten Goldproduzenten gehört.

Für die Investoren und Projektleiter verspricht die Mine hohe Gewinne und für die peruanische Regierung stellt sie eine große Chance dar, ihre Stellung im internationalen Bergbau-Business auszubauen. Ein Teil der Einnahmen soll der Bevölkerung um die Mine herum zugutekommen und deren Lebensbedingungen verbessern. Obwohl Cajamarca bereits Heimat der zweitgrößten Goldmine der Welt ist und Investoren entsprechende Gewinne erzielen, gehört die Region zu den ärmsten überhaupt in Peru. Gut drei Viertel der Cajamarquinos leben unterhalb der Armutsgrenze.

Furcht vor Auswirkungen auf Natur und Landwirtschaft

Ob eine zweite Mine den Reichtum, den die Arbeiter aus der Erde fördern, ein wenig ausgeglichener verteilen würde, ist fraglich. Der eigentliche Grund, warum das Projekt soviel Widerstand erzeugt, ist jedoch ein anderer: Conga würde vier große Seen trockenlegen, die Cajamarca mit Wasser versorgen und mehrere Flüsse sowie das Grundwasser speisen.

Obwohl die peruanische Regierung verspricht, die Seen mit vier künstlichen Wasserreservoirs zu ersetzen, die zusammen eine dreimal größere Kapazität haben sollen, ist dies für die Bevölkerung nicht ausreichend. Die Sorgen über einen möglichen Wassermangel und fatale Folgen für die örtliche Flora und Fauna beherrschen die Debatte. Hinzu kommt, dass die große Mehrheit der Bewohner Cajamarcas Bauern sind, die von vier unterschiedlichen Mikroklimata profitieren, die durch die Seen hervorgerufen werden. Nun befürchten diese, dass ihre Ernteerträge leiden und der Boden erodiert werden könnten. Die negativen Konsequenzen des Bergbaus sind für sie keine reine Theorie – die Goldmine Yanacocha ist ebenfalls ganz in der Nähe und bringt ähnliche Probleme mit sich, wie sie auch von Conga befürchtet werden.

Seit Ende November gehen deswegen Tausende auf die Straßen, um die Umsetzung des Projekts zu verhindern. Nachdem die Straßen zur Mine Yanacocha blockiert wurden und die Proteste immer mehr in Gewalt ausarteten, ließ Präsident Ollanta Humala am 1. Dezember den Ausnahmezustand ausrufen, der alle Streiks und Demonstrationen außer Kraft setzte. Am 20. Dezember kehrte das Land zum Normalzustand zurück und der Wassermarsch im Februar war der bisherige Höhepunkt der wiederaufgenommenen Proteste.

Als Antwort auf den Widerstand der Bevölkerung wurden die Bauarbeiten an der Mine Anfang Dezember ausgesetzt und befinden sich noch immer in der Schwebe. Ende Februar schließlich ernannte die Regierung drei unabhängige Berater aus Europa, die das Gefahrenpotential der Mine analysieren sollen, um dann über weitere Schritte und die Zukunft des Projekts zu entscheiden.

Der Gouverneur von Cajamarca, Gregorio Santos, weigert sich jedoch, die Arbeit der Berater anzuerkennen. Er befürchtet, sie könnten nur Puppen sein, die die Pläne der Regierung verharmlosen und gutheißen sollen. Vergangene Woche erst kündigte er die Gründung eines eigenen Beraterteams an, das ebenfalls die möglichen Auswirkungen auf das Wasser und die Umwelt untersuchen soll.



Politische Interessen erschweren die Verhandlungen

Eine Tatsache, die die Fronten möglicherweise besonders verhärten lässt, ist, dass Staatschef Humala erst seit Sommer 2011 im Amt ist und sich nunmehr bei den ersten größeren Unruhen seines Landes beweisen muss. Versprach er noch im Wahlkampf, sich um die Sorgen der Anwohner in Gebieten des Bergbaus zu kümmern und insbesondere nie die Interessen nach Gold über die Notwendigkeit des Wassers zu stellen, fühlen sich nun viele von seiner Politik im Stich gelassen.

Besonders deutlich wurde seine neue Position, als sein Kabinett während des Ausnahmezustands zurücktrat und er Oscar Valdes, den Leiter der Operation, die die Proteste niederschlug, in das Amt des Premierministers erhob. Möglicherweise möchte er durch sein Verhalten eine Brücke zur Oppositionspartei schlagen, die in der Vergangenheit kritisierte, dass viele Bergbauprojekte am Widerstand der Bevölkerung scheitern.

So überraschend die Sinneswandlung des Präsidenten aber auch sein mag: Unleugbar ist auch die Tatsache, dass ein Scheitern von Conga keine gute Voraussetzung für die Realisation weiterer Projekte ausländischer Investoren wäre. Dies ist jedoch genau das, was Peru dringend benötigt, um das derzeitige Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten. Denn über die Hälfte aller Einnahmen aus dem Export werden mit Bergbauerzeugnissen erzielt.

Newmont Mining selbst wäre die Umsetzung des Vorhabens in den Anden ganz recht. Der Geschäftsführer Richard O'Brien gab aber bereits bekannt, dass das Geld im Falle des Scheiterns des Projekts eben einfach in andere Minen gesteckt würde. Die Bewohner von Cajamarca hoffen deshalb, dass ihr Marsch ein frühzeitiges Ende des Projekts einleitet, werden aber vorerst weiter für das Wasser und gegen das Gold kämpfen müssen. Erste Ergebnisse des Beratertrios der Regierung werden erst Mitte April erwartet – über die genauen Pläne des anderen, von Gouverneur Santos versprochenen Teams, ist noch nichts weiter bekannt.

(Text: Janine Schulz)